Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtratsfraktion Amberg

www.spd-stadtratsfraktion-amberg.de
Email: spd-stadtratsfraktion-amberg@t-online.de

Hausanschrift: SPD-Stadtratsfraktion, Seminargasse 10, 92224 Amberg

Stadt Amberg
Herrn Oberbürgermeister
Wolfgang Dandorfer
Marktplatz 11

92224 Amberg

Amberg, 1. November 2012

Neuveranschlagung der Mittel für den Sozial- bzw. Armutsbericht

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Stadtratsfraktion stellt zum Haushalt 2013 folgenden Antrag.

Antrag:

Die Stadt Amberg stellt im Haushalt 2013 die Mittel für den Sozial- bzw. Armutsbericht ein.

Zur Begründung:

Seit Juni 2006 forderte die SPD-Stadtratsfraktion wiederholt die Vorlage eines Sozial- bzw. Armutsberichts für die Stadt Amberg. Dieser Bericht soll die soziale Lage in unserer Stadt mit den verschiedenen Strukturen und den damit vorhandenen Problemen aufzeigen.
Nach Einschätzung der SPD hat sich die Armutsproblematik in unserer Stadt insgesamt auch auf andere Lebenslagen und Problemgruppen verstärkt ausgewirkt (z. B. Langzeitarbeitslose, Niedriglohnbezieher, Alleinerziehende, Kinderreiche, chronisch Kranke, …) … dies zeigen u. a. die Zahlen der Kunden der „Amberger Tafel“ – als Stadträte sehen wir uns in der dringenden Aufgabe, konkrete Ansätze zur Optimierung der kommunalen Armutsbekämpfung zu entwickeln.
Durch eine handlungsorientierte Berichterstattung erhalten wir Transparenz über die sozialen und räumlichen Brennpunkte, über das Ausmaß individueller und kollektiver Notlagen sowie über die Akteure und deren Angebote im Netz der Armutsbekämpfung.

Wir wollen dadurch geeignete Instrumente erhalten, städtische Armutspolitik unter Berücksichtigung der stadtteilspezifischen Besonderheiten konsequenter und effektiver zu gestalten

Unser Ziel ist es, allen Amberger Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Bildung und Kultur zu ermöglichen sowie eine passgenaue städtische Sozialpolitik in Amberg zu gestalten.

In der Stadtratssitzung am 07.05.12 wurde nun bedauerlicherweise von der Mehrheit der in dieser Sitzung anwesenden Stadträtinnen und Stadträte die Vergabe an das Institut BASIS abgelehnt.
Damit wurden die für einen Armutsbericht bereitgestellten Mittel nicht verausgabt – der eingestellte Betrag soll für 2013 neu veranschlagt und der Armutsbericht vergeben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Netta

Brigitte Netta
Stellv. Fraktionsvorsitzende